

Die Endphase des Euro hat begonnen

Die Konflikte unter den Euro-Retttern eskalieren, der Euro-Crash ist unvermeidbar.

Von Hermann Patzak

Die Bruchstellen des Euro

Im Laufe der Euro-Krise wurden die Forderungen der Politiker, deren Länder zahlungsunfähig wurden, immer maßloser. Sie werden unterstützt von einer Euro-Bürokratie, die ihr Existenzrecht durch die Krise bestätigt sieht, und den fantischen Euro-Dogmatikern, die in Deutschland alle maßgebenden Parteien dominieren. Ihre Ansprüche legitimierten sie und die professionellen Retter ursprünglich damit, dass die anderen Euro-Länder, insbesondere Deutschland, die großen Profiteure des Euro wären, weil sie ihre Exporte wegen des Euro steigern konnten. Jetzt haben sie ein neues Argument gefunden: Sie sehen das „Projekt Europa“ in Gefahr. Aber dieses Projekt haben die dogmatischen Euro-Protagonisten selbst erst vor wenigen Jahrzehnten erfunden. Es war ein Experiment. Es sollte alle Europäer reicher und Europa in der Welt stärker machen. Es ist gescheitert. Wenn dieses Experiment scheitert, dann scheitert nicht Europa, wie sie frech behaupten, sondern sie selbst und ihre Idee sind gescheitert.

Wenden wir uns der aktuellen Entwicklung der Euro-Krise zu: Griechenland hat die mit den Rettungskrediten verbundenen Zusagen bis heute nicht erfüllt. Die Gelder aus den Hilfskrediten gehen wieder einmal zur Neige. Es ist müßig zu fragen, ob die Griechen nicht können oder nicht wollen. Die dogmatisierten Euro-Retter hatten sich der Illusion hingegeben, dass man mit Krediten die griechische Wirtschaft eurotauglich, d.h. wettbewerbsfähig machen könne. Nach Griechenland mussten Irland und Portugal gerettet werden. Jetzt waren es Spaniens Banken, die das eigene Land nicht mehr vor der Insolvenz zu bewahren vermochten. Der Staat selbst steht unmittelbar davor, die Rettung in Anspruch nehmen zu müssen. Italien stöhnt unter der Last der verordneten Reformen und der hohen Zinsen. Jetzt droht auch Zypern und Slowenien die Zahlungsunfähigkeit.

Sie alle haben den Euro nicht verkräftet. Er war zu stark für sie. Eigentlich wäre er die beste Erziehungsmaßnahme gewesen, um die südeuropäischen Volkswirtschaften wettbewerbsfähig zu machen. Die heimischen Unternehmungen hatten sich an die permanenten (durch Inlandsinflation ausgelöste) Abwertungen gewöhnt, durch die sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten konnten. Der im Vergleich zur eigenen Währung relativ stabile Euro verbilligte zwar die Importe, doch verteuerte er die Exporte. Für alle die „abwertungsverwöhnten“ Volkswirtschaften hätte das Ansporn sein müssen, sich anzustrengen, um die Wettbewerbsfähigkeit durch Rationalisierungen zu erhalten. Das hat nicht funktioniert! Das gilt auch für die französische Volkswirtschaft, die jetzt ebenfalls in den Strudel der Krise hineingezogen wird. Die französische Politik war die treibende Kraft, die den deutschen Politikern den Euro aufnötigte. Die haben sich darauf eingelassen, angeblich, um den Frieden in Europa zu sichern.

Heute ist es klar. Mit einer eigenen Währung hätten sich die einzelnen Länder gar nicht bis zur Zahlungsunfähigkeit verschulden können. Sie alle sind im EZB-Rat mit einer Stimme vertreten – so wie Deutschland – doch Deutschlands Eigenkapitalanteil an der EZB und damit seine Haftung beträgt 27,1 Prozent! Das ist auch der Anteil der Deutschen an allen Rettungskrediten. Alle zahlungsunfähigen Euro-Länder und jene, die fürchten müssen, über kurz oder lang in diese Notlage zu kommen, drängen darauf, von

den Euro-Partnern und der EZB gerettet zu werden. Auf deren Kosten. Im EZB-Rat überstimmen sie regelmäßig den Vertreter der Deutschen Bundesbank!

Sie verdankten dem Euro in den Anfangsjahren Wachstumsraten und Einkommenssteigerungen, die weit über denen Deutschlands lagen. Sie dachten, das ginge immer so weiter. Heute ist ihr größtes Anliegen deshalb die Euro-Rettung. Und sie haben die besten Karten, dies zu erreichen, denn Deutschland ist erpressbar. Seine Politiker – quer durch alle Parteien – leiden an einem Trauma. Es ist das Euro-Dogma. Die Deutschen selbst wollten den Euro nicht, deswegen haben die Politiker sie nicht befragt. Kanzlerin Merkel sagt heute noch, dass dies auch gut so war. Ihre Politiker haben ihnen eingeredet, dass sie die großen Profiteure des Euro seien. Sie glauben es heute noch, obwohl das Gegenteil stimmt.

Der Euro hat die Deutschen ärmer gemacht. Hätten sie die DM behalten, wären alle Importe, insbesondere die teuren Rohstoffe heute rund um die Hälfte billiger, sie bräuchten auch nur die Hälfte exportieren, um die gleichen Erlöse wie heute zu erzielen. In der Rangliste der Pro-Kopfeinkommen sind sie deshalb seit Einführung des Euro weit nach unten durchgereicht worden. Ihre wertvollsten Produktionsunternehmen (Höchst AG, Mannesmann AG) hat man ihnen zum Euro-Schnäppchenpreis abgenommen, die 30 größten Aktiengesellschaften (Dax 30) sind mit über 50 Prozent ebenfalls in ausländische Hände übergegangen. Ihre Medien machen den Deutschen weis, dass die Aufkäufe ein Beweis für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft seien, doch die Gewinne schieben die Aufkäufer ein. Und jetzt sollen sie von ihren Politikern auch noch darauf eingeschworen werden, die Rettung der Währung zu bezahlen, die ihnen diese schweren volkswirtschaftlichen Schäden zugefügt hat!? Müssen sie erst absolut verarmen, damit sie endlich merken, wie sehr man sie belogen und ausgenommen hat?

Erfolglose Rettungen und mehrdeutige Verträge

Allen Euro-Rettungsbemühungen seit Mai 2010 ist eines gemeinsam: Die „Halbwertszeiten“ der Rettungsaktion sind immer kürzer geworden. Im Falle der spanischen Bankenrettung war sie jetzt sogar Null! Die Zinsen für zehnjährige spanische Staatsanleihen stiegen trotz der Rettungsvereinbarung weiter an und erreichten am 20.07.2012 ein Allzeithoch (seit Einführung des Euro) von 7,3 Prozent. Etwas weniger, aber mit gleichlaufender Entwicklung, steigen die italienischen Zinsen. Italien und Spanien sind die dritt- und viertgrößte Volkswirtschaft der Euro-Union. Sie könnten mit den bisherigen Rettungsschirmen (EFSF und ESM) gar nicht mehr gerettet werden. Das wissen die Euro-Retter nur zu gut. In der sich zuspitzenden Situation hat nun Mario Draghi, der italienische EZB-Präsident, die „Notbremse“ gezogen. Nachdem die Rettung der Spanischen Banken wirkungslos verpufft war, verkündete er am 26. Juli auf der Global Investment Conference in London **„Wir denken, der Euro ist irreversibel. Innerhalb unseres Mandats wird die EZB alles Erforderliche tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, es wird genug sein.“**¹ Er sagte das ohne Wissen seiner Amtskollegen des EZB-Direktoriums. Einen Tag danach nach **bestätigten Frankreichs Präsident Hollande und Kanzlerin Merkel**, dass sie alles tun würden, um die Eurozone zu schützen. Auch das ist bemerkenswert, denn es hat kaum ein Versprechen gegeben, das diese Kanzlerin nicht in kürzester Zeit gebrochen hätte.

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.08.2012 Seite 3.

Die Finanzmärkte reagierten sofort, die Zinsen für Staatsanleihen der von Insolvenz bedrohten Euro-Staaten sanken, die Aktienkurse in Europa stiegen. Die Finanzprofis nutzten den Wink des EZB-Präsidenten, um sofort auf sinkende Zinsen und steigende Aktienkurse zu wetten. Ihnen war klar, was jetzt geschehen würde. Die EZB würde das tun, was ihr eigentlich nach **Artikel 123 des EU-Vertrages verboten ist: die direkte Staatsfinanzierung durch Aufkauf von Staatsanleihen**. Damit hatte die EZB im Mai 2010 schon einmal begonnen, um den Staatsbankrott Griechenlands, Portugals und Irlands abzuwenden. Doch Ende 2011 hatte sie die Stützungskäufe wieder eingestellt. In der Summe hatte sie marode Staatsanleihen im Betrag von 211,4 Mrd. Euro.² aufgekauft, deren Marktwert heute viel niedriger ist. Siebenundzwanzig Prozent des Wertverlustes (Abschreibungen) haben die Deutschen zu schultern. Wie viel das ist, verschweigt die EZB. Offensichtlich will man „die deutschen Pferde nicht scheu machen“! Doch jetzt zur Rettung Spaniens und Italiens werden die Aufkäufe ganz andere Dimensionen erreichen, denn beider Schulden und Sozialprodukt ist mehrfach höher, als das Griechenlands, Portugals und Irlands zusammen.

Verschweigen, Halbwahrheiten veröffentlichen, Vertragstexte formulieren, die von den Beteiligten nachher nach Belieben interpretiert werden, das sind die Markenzeichen der Euro-Rettungspolitik von Anfang an. Das gilt insbesondere auch für den jüngsten Rettungsakt, den ESM-Rettungsfonds. Diese vagen Formulierungen und die offenen Vertragsbrüche – z.B. der sog. Maastricht-Verträge – haben die Gegensätze zwischen den „Europartnern“ weiter anschwellen lassen. Auch die jüngsten Ankündigungen Draghi´s haben diese Entwicklung befördert.

Die Deutsche Regierung, die Deutsche Bundesbank und ihr Präsident, Jens Weidmann, hatten immer wieder erklärt, dass Aufkäufe von Staatsanleihen eine offene Staatsfinanzierung darstellen und damit verboten sind. Das gleiche gilt auch für eine Finanzierung der Rettungsschirme (EFSF und ESM) durch die EZB. Genau das aber hat der Italiener Draghi ganz offensichtlich hinter den Kulissen vorbereitet, bevor er mit seinem Vorhaben an die Öffentlichkeit trat. Zwei Tage nach seiner Londoner Rede veröffentlichte die Pariser Zeitung „Le Monde“ nämlich einen Artikel über seinen „konzertierten Plan“. Danach sollen der Krisenfonds EFSF und sein Nachfolger ESM ab September spanische und italienische Anleihen direkt von den Staaten kaufen, während gleichzeitig die EZB die bereits auf dem Markt befindlichen Alt-Anleihen aufkaufen würde³. Laut „Le Monde“ **soll dieser Plan zwischen der EZB-Spitze und den Finanzministern in Paris, Rom, Madrid und auch Berlin abgesprochen** sein. Sollte dies zutreffen, dann hätte die Deutsche Regierung den eigenen Bundesbankpräsidenten auf diese Art und Weise „kalt gestellt“, der mit seiner Behörde als letzte Instanz bisher die deutschen Interessen mit Sachkunde verteidigt hat. Er wäre nicht der erste Präsident, den diese Regierung erledigt hätte.

Den Plan stellte Draghi am Donnerstag, den 02.08. dann offiziell vor. Danach werde die EZB künftig Staatsanleihen von Euro-Staaten ankaufen, wenn diese beim Krisenfonds EFSF oder dessen Nachfolger ESM einen Hilfsantrag stellten und die Bedingungen erfüllten, die von den Rettungsfonds gestellt würden! Er begründete die Notwendigkeit der Aufkäufe damit, dass die Zinssätze für die Staatsanleihen einiger Euro-Staaten so hoch seien, weil es Ängste über den Zusammenhalt der Euro-Zone gäbe, und dies sei unakzep-

² Der Spiegel Nr. 31 vom 30.07. 2012, Seite 17.

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.08.2012 Seite 3

tabel⁴. Eine merkwürdige Logik! Denn wenn die hohen Zinsen die Ursache für die Ängste eines Euro-Zusammenbruchs wären, dann hätten eigentlich auch die Zinsen deutscher Staatsanleihen in letzter Zeit ansteigen müssen. Die hohen Zinsen signalisieren aber nur das Risiko, einem überschuldeten Staat weitere Kredite zu gewähren, weshalb die Euro-Partner dieses Risiko übernehmen und anstelle der Banken die Kredite gewähren sollen.

Der italienische EZB-Präsident hat in raffinierter Weise die Ursache der hohen Zinsen mit den Folgen – dem Zusammenbruch der Euro-Zone – vertauscht und damit erreicht, dass auch die Deutsche Regierung sich mit seinem Vorgehen stillschweigend einverstanden erklärte. Denn den Euro aufgeben, das wollen weder die Regierung noch die Oppositionsparteien in Deutschland. **Der Euro hat für sie oberste Glaubenspriorität.** Mario Draghi hatte es somit geschafft, auch die Deutsche Regierung auf seine Seite zu ziehen! In der Runde der 23 Mitglieder des EZB-Rates stimmte nur Jens Weidmann gegen die geplanten Staatsanleihen-Aufkäufe der EZB, selbst Jens Asmussen (SPD-Mitglied), der zweite Deutsche in der Runde, hatte sich von Draghi ködern lassen. Die Deutsche Regierung lehnte jede Kommentierung ab, doch hinter deutschen Ministeriumstüren zeigt man sich aber „nicht unzufrieden“⁵, wie die FAZ berichtete.

Einmischung und verdeckte Interventionen von außen

Die schleichende Aufgabe aller Prinzipien als Voraussetzung für die Euro-Rettungen ist nicht ohne Einfluss von außen geschehen! Solche Interventionen zur Wahrung der eigenen Interessen und Vorteile erfolgten zum wiederholten Male, insbesondere durch die USA und England. Beide Staaten, in denen das internationale Finanzkapital seinen Stammsitz hat, decken damit auf, dass sie von Anfang an ein massives Interesse an einer europäischen Währungsunion hatten. Man muss es ganz deutlich sagen. **Sie hatten ein vitales Interesse an dem Verschwinden und Aufgehen der starken DM in einem schwachen Euro**, in dessen Territorium ihrer Finanzindustrie Tür und Tor geöffnet wurde, sich nach Belieben den vorhandenen Ressourcen bedienen zu können. Das ist dann auch sofort nach Einführung des Euro geschehen. Und wundersamer Weise will das bis heute niemand in Deutschland gemerkt haben. Heute verteidigen beide Länder ihr Interesse, das gewonnene Terrain nicht dadurch zu verlieren, dass der Euro wieder verschwindet.

Natürlich haben auch die deutschen Medien das Interesse der USA und Englands am Euro registriert. Doch sie reduzieren dieses Interesse auf die angebliche Sorge, dass die Bemühungen beider Länder zur Überwindung der eigenen Wirtschaftskrise durch sinkende Exporte in die Euro-Länder erschwert werden. Doch das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Beide Staaten ermahnten insbesondere Deutschland, mehr zu tun, um die Euro-Krise zu beenden. Timothy Geithner, der US-Finanzminister, hatte dies im Herbst 2011 zum wiederholten Mal ganz offen getan, als er sich zur Konferenz der europäischen Finanzminister in Breslau selbst einlud. Er verlangte von den Euro-Ländern ganz konkret, den Krisenfonds EFSF zu „hebeln“, um mehr finanzielle Schlagkraft zu gewinnen. Die versuchten das dann auch, doch bekanntlich fanden sich weder die Chinesen, noch irgendein Finanzkapitalist aus der westlichen Wertegemeinschaft bereit, das Risiko des Hebelgeschäftes einzugehen.

⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.08.2012 Seite 1.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.08.2012 Seite 12.

Nachdem der EZB-Präsident am 26. Juli seinen Rettungsplan angekündigt hatte, hielt es der US-Finanzminister wieder für angebracht, den Europäern einen Blitzbesuch abzustatten. Zuerst besuchte er Finanzminister Schäuble auf Sylt, der ihn angeblich dazu eingeladen hatte. Am Tag danach traf er sich mit Mario Draghi, um die weitere Vorgehensweise abzuklären. Das Ergebnis kennen wir: Es wurde der Kompromiss gefunden, zu dem auch die Deutsche Regierung bereit war, alle bisherigen Grundsätze und Forderungen (wieder einmal) „über Bord zu werfen“. Ob Herr Schäuble bei der Formulierung der Kompromissformel Pate stand, hat bisher niemand gefragt. Dass aber Herrn Geithners Reise-Interventionen in Europa durchaus andere Zwecke als eigene konjunkturelle Sorgen haben, getrauen sich nun doch die ersten Medien zu berichten. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung z.B. nannte als vorrangiges Motiv der Geithner-Visite, „*dass die Unsicherheit über Europa den amerikanischen Anlegern und den investierenden Unternehmen auf die Gemüter schlägt*“.

Dreizehn Jahre nach Einführung des Euro wird also das Interesse des US-Kapitals an dem in Deutschland erworbenen Produktivvermögen erstmals ganz offen angesprochen. Als man den Deutschen dieses Vermögen mit Hilfe des Euro im großen Stil abnahm, sahen die selben Journalisten darin noch einen erfreulichen Beweis für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen!

Untaugliche Anleihen aus der Geschichte

Mit dem Fortgang und der Zuspitzung der Euro-Krise stieg die Wahrscheinlichkeit, dass sie nur noch durch Inflation zu überwinden sei. Die überforderten Regierungen, das internationale Finanzkapital und die Führungskräfte der Finanzindustrie sehen darin den einfachsten Weg, die Schulden los zu werden. In der Geschichte ist dieser Weg von den Staatenlenkern oft genug eingeschlagen wurde. Welche Nebenwirkungen sich daraus ergeben, wird in den „Schwatzbuden“ der großen Medien nicht erwähnt.

Geldentwertungen im großen Stil haben immer große Einkommens- und Vermögensumverteilungen zur Folge. Im Gegensatz zu der Vorstellungswelt der herkömmlichen Sozialisten, erfolgen sie bei Inflationen aber nicht von oben nach unten, sondern umgekehrt! Umso erstaunlicher ist es, dass der Weg der Inflationspolitik von den Parteien des linken Parteienspektrums in Deutschland begrüßt wird. Die vermeintliche Euro-Rettung mittels unbegrenzter Geldmengenvermehrung durch die EZB mag vielleicht geeignet sein, fürs erste den Zusammenbruch des Euro hinauszuschieben, verhindern kann sie ihn nicht: Die sozialpolitischen Folgen der unkontrollierbaren Inflationierung werden sich in unkontrollierbaren politischen Eruptionen entladen. Die Bilder von den Straßen Athens, Madrids und Roms waren die ersten Vorboten dieser Entwicklung. Die Geldschwemme auf den Finanzmärkten wird **die realwirtschaftlichen Einbrüche nicht aufhalten** können. Sie wurden durch das verordnete Zwangssparen zum Zweck des Schuldenabbaus verstärkt. Die Ansteckungsgefahr solcher Prozesse ist groß. Schon gibt es erste Signale, dass auch der letzte Stützpfeiler in Europa – die deutsche Wirtschaft – in den Sog der Rezession gezogen wird.

Wir werden Zeitzeugen der dümmlichsten Beschäftigungs- und Wachstumspolitik der jüngeren Zeitgeschichte. Die Krise wurde in den USA als Finanzkrise (2007) losgetreten, mutierte zur weltweiten Wirtschaftskrise und musste auch in Europa durch zusätzliche Staatsausgaben (2008 Bankenrettung, Abwrackprämie) bekämpft werden. Diese zusätzlichen Staatsausgaben mussten über zusätzliche Kredite finanziert werden. Das Problem aber war, dass die westlichen Industriestaaten schon vorher einen bedeutenden Schuldenstand angesammelt hatten, der ihnen jetzt zum Verhängnis wurde. Zins und Tilgung der

Altschulden konnten durch die Steuereinnahmen eines gesunkenen Sozialproduktes nicht mehr bezahlt werden. Insbesondere die Länder der Eurozone wurden dadurch hart getroffen, denn der Weg über eine Geldmengenvermehrung, die ihnen früher über eine Inlandsinflationierung und damit verbundener Abwertung einer eigenen Währung möglich gewesen war, war ihnen jetzt verbaut. Sie saßen in der Euro-Falle! Der einzige Ausweg, der sich in dieser Situation bot, schien den verantwortlichen Ökonomen (auch den Profis vom IWF) eine Senkung der Staatsausgaben und Steuererhöhungen. Doch die wiederum führten zu sinkenden Einkommen und damit sinkenden Steuereinnahmen, so dass die Schulden weiter ansteigen mussten. Die Ökonomie-Experten der Neuzeit machten den gleichen Fehler wie die beratenden liberalen Ökonomen in den 1930iger Jahren. Die hießen damals noch Nationalökonomien. Sie gaben dem Deutschen Reichskanzler Brüning den Rat, die Arbeitslosigkeit durch Senkung der Staatsausgaben zu bekämpfen. Die Ökonomen unserer Zeit haben aus der Geschichte offensichtlich nichts dazu gelernt, wie man heute mit Verweis auf andere Geschehnisse so gerne zu sagen pflegt.

Da der Versuch, die Schulden durch Einsparungen und Steuererhöhungen abzubauen, die Schulden und Arbeitslosigkeit nur weiter erhöht hat, ist die Not in den betroffenen Euro-Ländern nur noch größer geworden. Jetzt ist sogar das „Allerheiligste“ aller europäischen Nachkriegspolitikern – der Euro – selbst existentiell bedroht. Und in dieser Not greifen die Europa-Ideologen zu ihrem vermeintlich **letzten Rettungsanker: der unbeschränkten Vermehrung der Geldmenge durch die Europäische Zentralbank (EZB)**.

Nun könnten in der Wirtschaftsgeschichte bewanderte Leser argumentieren, dass dieses Mittel sich in der Vergangenheit bewährt habe, z.B. in den USA, als man mit dem „New Deal“ die Weltwirtschaftskrise erfolgreich bekämpfte oder in Deutschland, als man nach 1933 auf diese Weise die Arbeitslosigkeit besiegte. Der Einwand stimmt zwar, aber die Ausgangssituation in der damaligen Weltwirtschaftskrise war eine ganz andere. Damals gab es leer stehende Fabriken und vor den Fabrikatoren arbeitslose Arbeiter. Es bedurfte nur eines „Transformationsriemens“, die Arbeiter in die Fabriken zu bringen. Und dieser Transformationsriemen war Geld – auch wenn es aus dem Nichts geschaffen wurde und durch nichts gedeckt war. Es war blankes Kreditgeld, ganz gleich, welche weitere Namen man dafür verwendet, es erfüllte damals die ihm zugeordnete Funktion. Wenn die Arbeiter erst einmal in den Fabriken waren, dann würden sie die Produkte schon herstellen, die von ihnen selbst gekauft und mit deren Erlöse die Arbeiter und Materialien bezahlt und am Ende auch die Kredite zurückgezahlt werden konnten. Die Situation ist in der Euro-Zone heute eine ganz andere!

Die zusätzliche Zentralbankgeldmenge dient heute erst einmal der Bankenrettung und der Rückzahlung der bisherigen Schulden. Wenn dann noch Geld für die reale Produktion von Gütern und Leistungen übrig bleibt, dann müssten sich Unternehmen finden, die ihre Produktion erhöhen und die wettbewerbsfähige Produkte im Inland (Eurozone) und weltweit verkaufen können. Und da haben wir das erste Problem. Diese Unternehmen sind wegen des Euro nicht wettbewerbsfähig. In den zahlungsunfähigen Ländern ist das Angebot an Gütern und Leistungen zu teuer. Der Euro hat diesen Ländern die Möglichkeit gegeben, für ihre Verhältnisse (verglichen mit den Zeiten der eigenen Währung) günstig im Ausland einzukaufen, aber verkaufen können sie zum Euro-Preis zu wenig bis gar nichts. **Das ist die Euro-Falle**, von der wir sprachen. Und die viel gepriesenen Reformen dauern viel zu lange – wenn sie überhaupt greifen können, wegen mentaler Unterschiede und unterschiedlicher historischer Werdegänge in den verschiedenen Euro-Ländern. Doch noch einen wesentlichen Unterschied zu den historisch erfolgreichen Beschäftigungs- und Wachstumsvorbildern gibt es:

Damals hatten Geldpolitik (Geldmengenvermehrung) und Fiskalpolitik (Steigerung der Staatsausgaben) eine gemeinsame Zielrichtung. Sie waren beide expansiv. Auch das ist heute ganz anders. Gemeinsam mit dem ESM-Vertrag wurde ja der sogenannte **Fiskalpakt beschlossen, der die Staatsschulden bei Strafe auf bestimmte enge Grenzen einschränkt**. Das bedeutet bei einem Abbau des momentanen hohen Schuldenstandes eine Kürzung der Staatsausgaben, was gleichbedeutend ist mit einer sinkenden Gesamtnachfrage in den Volkswirtschaften der EU-Länder, die wiederum Einkommensminderungen zur Folge hat. Griechen, Portugiesen und Spanier müssen diesen Prozess momentan leidvoll erfahren. Auf der anderen Seite führt die Geldmengenvermehrung, wie wir festgestellt haben, noch gar nicht sicher zu einer Produktionssteigerung, denn Voraussetzung wäre ja, dass es Unternehmungen gibt, die zu wettbewerbsfähigen Kosten produzieren können. Das hat man in diesen Ländern bisher nicht geschafft, obwohl die Kreditzinsen seit geraumer Zeit schon niedrigstes Niveau hatten. Warum sollten sie es schaffen, wenn man ihnen das Geld jetzt in noch größerer Menge und noch billiger zusteckt? Wir können „das Blatt wenden“ wie wir wollen. Die Geldmengenvermehrung durch die EZB wird die Produktion nicht anspringen lassen. Sie wird auf den Kapital-, Rohstoff- und Immobilienmärkten Spekulationsblasen erzeugen, die sich am Ende auf alle Märkte ausbreiten und in eine allgemeine und nicht mehr kontrollierbare Inflation münden werden.

Die verdeckte Einkommens- und Vermögensumverteilung

Damit kommen wir wieder zu den sozialen und politischen Verwerfungen, die jede Inflation auslöst. Volkswirtschaftlich gesehen ist jede Inflation eine gigantische Umverteilungsmaschine. Alle Schuldner – ob Staat oder Private – profitieren, sie können ihre Schulden mit „leichter Hand“ zurückzahlen, je länger die Inflation anhält. Private Schuldner gehören in aller Regel zu jenem Teil der Gesellschaft, der ohnehin über ein größeres Vermögen verfügt. Profiteure sind vor allem die Unternehmen, insbesondere die Banken. Ihre Eigenkapitalquote liegt im Durchschnitt weit unter 10 Prozent, den Rest ihres Vermögens finanzieren sie mit Fremdkapital. Die großen Verlierer sind die vielen kleinen Sparer, die Bezieher fester Einkommen (Angestellte, Arbeiter, Rentner und Pensionäre), aber auch alle Gläubiger (Kreditgeber). Ihre Forderungen bleiben nominal gleich, der Zinssatz der Spareinlagen bleibt unter der Inflationsrate, das bedeutet, dass die Betroffenen für ihr Geld immer weniger kaufen können. In welche Richtung also „der Zug der Inflation abgeht“, ist somit ganz klar. Jetzt ist noch das Niveau der Einkommensverteilung zu berücksichtigen, bei dem die Inflation einsetzt.

Diese Einkommensverteilung ist in den einzelnen Volkswirtschaften sehr verschieden, auch in den Volkswirtschaften der Euro-Länder. In den Mutterländern des Kapitalismus, in USA und England ist die soziale Ungleichverteilung besonders groß. Erstaunlich ist, dass sich die Menschen damit einigermaßen abgefunden haben. Wenn die Politiker beider Länder den ihnen anvertrauten Menschen die Roskur einer Inflation mit allen damit verbundenen Folgen zumuten, weil sie sich außerstande sehen, ihre angehäuften Staatsschulden anderweitig abzutragen, dann ist das in einer Demokratie das Problem der jeweiligen Gesellschaft. Die Regierenden müssen aber trotzdem die sozialen Spannungen befürchten, die ein weiterer Anstieg der Ungleichverteilung infolge einer Inflation zur Folge hätte. Insbesondere dann, wenn die „kleinen Leute“ erstens noch weniger vom gesamten Kuchen des Volkseinkommens bekommen, und zweitens dieses Gesamteinkommen (der Kuchen) gleichzeitig noch kleiner würde. Und das ist eine realistische Gefahr für beide Länder, denen es bisher gelang, durch eine Steigerung der Staatsverschuldung

die Rezession in Grenzen zu halten. Die Staatsverschuldung beider Länder ist beträchtlich größer als die durchschnittliche Staatsverschuldung in den Euro-Ländern.

Die Interessen des Finanzkapitals und seiner Schutzmächte

Jede Inflation hat eine Abwertung der Währung zur Folge. Der US-Dollar und das englische Pfund würden gegenüber dem Euro extrem abwerten, wenn die Euro-Länder nicht mitmachen und ebenfalls abwerteten! Die Finanzmächte USA und England, die den Schwerpunkt ihrer Wirtschaftsstruktur von der industriellen Produktion zur Finanzindustrie verlagert haben, würden davon besonders getroffen. Bis zum Ausbruch der Krise sind sie mit ihrem volkswirtschaftlichen Strukturwandel sehr gut gefahren. Ihr im Ausland investiertes Kapital stellte einen erheblichen Teil des gesamten Volkseinkommens. Beiden Ländern gelang es sogar, erhebliche Geldmengen aus anderen Volkswirtschaften durch innovative Spekulationsgeschäfte anzulocken, man denke nur an das Fristentransformationsgeschäft, die dann dafür sorgten, dass die ursprüngliche Häusermarktkrise in den USA in Windeseile die ganze Welt infizierte. Beiden Volkswirtschaften droht im Falle einer Abwertung die Umkehr der Kapitalflüsse. Der US-Dollar könnte seine Stellung als Welthandels- und Weltreservewährung nicht mehr halten. Wer wollte denn Reserven in einer Währung anlegen, die ständig an Wert einbüßt oder wer wollte dann noch eine Währung zum Zwecke der Kaufabwicklung vorhalten, wenn dieses Geld immer weniger Wert ist. Und schließlich könnte Europa, insbesondere deutsches Kapital, in USA und England die Produktionsstätten und sogar die Finanzindustrie selbst zu Vorzugspreisen aufkaufen. Die beiden größten Finanzmächte der Welt drohten zum Eldorado fremder Aufkäufer zu werden. Für sie wäre es von Vorteil, wenn man zumindest die Europäer dazu bewegen könnte, auf den Inflationszug mit aufzuspringen. Und in der Euro-Union stoßen sie mit ihrer Vorstellung „offene Türen“ ein, haben doch die überschuldeten Euro-Staaten die gleichen Interessen wie die Angelsachsen und Amerikaner. Sie wollen ihre Schulden los werden.

Einkommens- und Vermögensumverteilung in der Euro-Union

Im Unterschied zu den Finanzmächten USA und England, die über eine eigene souveräne Währung verfügen, hätte die Inflation in den Ländern der Euro-Union eine zusätzliche Folge. Es bliebe nicht bei den Einkommens- und Vermögensumverteilungen innerhalb der sozialen Schichten eines Volkes. Die Euro-Länder sind unterschiedlich hoch verschuldet, weshalb es zusätzlich zu einer **Umverteilung der Einkommen und Vermögen zwischen den Nationen** käme. Je höher die Schulden eines Staates, desto mehr profitiert er von der Inflation. Das gilt auch für die privaten Schuldner und vor allem für die Banken dieser Länder. Es gilt auch für die Banken aller anderen Volkswirtschaften, die sich in den überschuldeten Euro-Ländern engagiert haben. Also auch für das britische und das US-Finanzkapital. Auf der anderen Seite stehen die Euro-Staaten und ihre privaten Gläubiger, die den überschuldeten Staaten Kredite gewährt haben. Egal, ob sie die Kredite vor Ausbruch der Krise oder als Rettungskredite während der Krise gewährt haben, sie sind die „Inflationsverlierer“. Die Deutsche Regierung hat sich selbstlos an allen Rettungsaktionen beteiligt. Deutschland haftet mit 27.1 Prozent einer Gesamtsumme, über die sich die Juristen streiten. Es werden Summen zwischen einem niedrigen dreistelligen Milliardenbetrag (Euro) und einem zweistelligen Billionenbetrag genannt. Wir wollen in diesem Zusammenhang das Augenmerk auf einen Zusammenhang richten, den ökonomische Laien erfahrungsgemäß nur schwer nachvollziehen können:

Die Deutschen sollen angeblich wegen ihrer **Exportüberschüsse** am meisten vom Euro profitiert haben. Doch Fakt ist, dass sie wegen dieser Exportüberschüsse die mit Abstand größten Sparer in der Euro-Union waren! In der Nationalökonomie nennt man das Phänomen „**Zwangssparen**“, ein Sachverhalt, der jedem Studienanfänger im Fach „Volkswirtschaftliches Rechnungswesen“ vermittelt wird. Für den **Konsumverzicht** (auf die exportierten Produkte) erhalten die exportierenden Volkswirtschaften Geldleistungen. Für Exporte in Euro-Länder also Euros. Das Geld vertrauen die Deutschen (egal ob Unternehmer oder Arbeitnehmer) ihren Banken an (Sparguthaben) oder zahlen es in Versicherungen ein, in der Annahme (Hoffnung), sie werden es – anständig verzinst – wieder bekommen, wenn sie es einmal brauchen. Wenn aber die Finanzinstitute ihrerseits dieses Geld renditesteigernd im Ausland und zwar in den Euro-Ländern angelegt haben, die heute zahlungsunfähig sind, dann haben zunächst die Banken ein Problem und anschließend die Sparer. Ihre Ersparnisse sind nicht mehr wert, sondern weniger wert. Sie sind – ob sie wollen oder nicht – Gläubiger und büßen einen Teil ihres Geldes ein. Daran ändert auch die Inflation nichts, sie vernebelt nur den Blick auf Ursache - Wirkungszusammenhänge!

Das Endzeitszenario des Euro

Die deutschen Politiker haben ihr Volk in Sachen Euro immer wieder belogen! Sei es mit der Behauptung, die Deutschen profitierten vom Euro am allermeisten oder wenn sie die Risiken und die Haftung aus der Euro-Rettung kleinredeten. Als Kanzlerin Merkel sagte, dass es keine gesamtschuldnerische Haftung geben werde, solange sie lebe, hatte sie den ESM-Vertrag schon unterschrieben, in dem gerade diese gesamtschuldnerische Haftung ausdrücklich aufgeführt ist. Jetzt unterstützte sie die geplanten Aufkäufe von Staatsanleihen durch den italienischen EZB-Präsidenten, indem sie sagt, sie werde alles tun, um die Eurozone zu schützen. Doch **von der Sache her sind diese Aufkäufe nichts anderes als die Vergemeinschaftung fremder Schulden**. Obendrein hat dieser Aufkauf auch noch die gleiche Wirkung wie Euro-Bonds, denn sie befreit die überschuldeten Euro-Länder von der Notwendigkeit, ihre Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. Man muss zugeben, dass die Inflationierung die Umverteilung der Schulden (den Schuldentransfer) und damit die Umverteilung der Einkommen und Vermögen weit mehr als alle bisherigen Rettungsaktionen verschleiern, aber die Kanzlerin und ihr Finanzminister haben genug fachkompetente Berater, die diese Tatsache sehr wohl wissen. Und trotzdem heißt die Regierung den in den Euro-Verträgen ausdrücklich verbotenen Aufkauf von Staatsanleihen jetzt gut. Sie wissen alle, dass sie damit ihrem Volk schweren Schaden zufügen, dessen Wohl zu mehren sie geschworen haben.

Wenn die deutschen Politiker der Regierungs- und Oppositionsparteien nun parteiübergreifend meinen, dass der unbeschränkte Aufkauf von Staatsanleihen das schaffen könnten, was alle bisherigen Rettungsversuche nicht geschafft haben, dann täuschen sie sich gewaltig. Die Produktivitätsunterschiede zwischen den Euro-Ländern, die der Euro verstärkt und die Euro-Krise aufgedeckt hat, werden bleiben! Der Staatsanlehenaufkauf wirkt wie eine Subventionierung, er wird die Unterschiede sogar noch weiter vergrößern. Gleichzeitig wird die Rezession insbesondere in den Krisenländern Spanien und Italien fortschreiten und auch die Länder erfassen, die in diesem Jahr noch ein geringes Wachstum aufweisen. Sämtliche Konjunktur- und Wachstumsindikatoren – auch für Deutschland – zeigen dies bereits heute an. Die Arbeitslosigkeit und die soziale Verelendung kann durch eine bloße Aufblähung der Geldmenge nicht beendet werden, weil sie keine Steigerung der realen Güter- und Leistungsmenge bewirkt, da die Wirtschaft in den Euro-Ländern nicht wettbewerbsfähiger wird. Keine Volkswirtschaft und kein Unternehmen

kann auf lange Sicht die Produktion erhöhen, wenn sie ihre Produkte nicht auch verkaufen können. Am Ende wird die **Inflationspolitik** den Europäern die für die Entschuldung notwendige **Inflation bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit** bescheren.

An dieser Konstellation ist noch jede Politik gescheitert. Die Deutschen wird das teuer zu stehen kommen. Sie werden dann hoffentlich erkennen, wem sie das zu verdanken haben.

© www.hpatzak.de 09.08.2012

dass sie alles tun würden, um die Eurozone zu schützen

Die Ersparnisse, die deutsche Normalverdiener ihren Banken und Versicherungen anvertraut und die diese in den Euro-Pleitestaaen angelegt haben, verlieren in der Inflation genauso ihren Wert, wie die Kredite, die ihre Regierung (im Rahmen der Rettungsschirme) den überschuldeten Euro-Ländern bisher gewährt hat. Auch die Target-Kredite, die der Deutsche Bundesbank zwangsweise aufgehalst werden und momentan schon doppelt so hoch sind wie der Bundeshaushalt, werden auf diese Weise entschuldet. Wer in Inflationszeiten Gläubiger ist, der verliert!

Auch die EZB, die jetzt wertlose Staatspapiere in Zahlung nehmen wird und dafür frisch gedrucktes Geld über den Umweg über die Geschäftsbanken der überschuldeten Länder abgibt, gehört zu den Gläubigern und Verlierern. Doch auch sie ist nicht die letzte Instanz, denn auch ihre Verluste tragen am Ende die Eigentümer. Und das sind mit 27.1 Prozent Anteil die Deutschen. Die Umverteilung der Schulden auf die Menschen in den Gläubiger-Staaten kann durch die Inflation noch perfekter durchgeführt werden als mit den bisherigen Rettungsaktionen. Die Inflationierung scheint also ein hervorragendes Instrument zur Entschuldung zu sein, weit besser als alle bisherigen Rettungsaktionen. Doch sie hat ein Manko. Auch sie kann die Leistungsfähigkeit der unproduktiven Euro-Volkswirtschaften nicht zu steigern.

die der Euro aufgedeckt und sogar noch gesteigert hat, bleiben. Im Gegenteil, sie werden jetzt noch einmal größer, weil den nicht wettbewerbsfähigen Euro-Ländern mit der Inflationierung jeglicher Druck zur Effizienzsteigerung genommen wird.

Der Euro war wie ein konfektioniertes Kleidungsstück, das in einer Größe gefertigt allen übergezogen wurde. Den einen war es zu eng, den anderen zu weit. Das Experiment ist gescheitert. Zum Schaden aller Beteiligten, auch wenn die

Der Euro war wie ein uniformiertes Kleidungsstück, das allen passen sollte. Für die einen zu eng und für die anderen zu weit.

Unter den Bedingungen der gemeinsamen Euro-Währung gibt es zu viele Länder, die dazu nicht in der Lage sind

[Der amerikanische Finanzminister nimmt seinen Amtskollegen Schäuble und EZB-Chef Draghi in die Pflicht](#)

[Der Konflikt um Anleihekäufe der EZB spitzt sich zu](#)

[Der Sprengstoff des Rettungsschirms ESM steht im Kleingedruckten](#)

kann und will weder mehr sparen noch mehr reformieren.

Finanzwirtschaftliche Zuspitzungen

Der EZB-Chef hatte am Donnerstag in einer Rede in London gesagt: „Wir denken, der Euro ist irreversibel.“ Innerhalb ihres Mandats sei die EZB „bereit, zu tun, was auch immer erforderlich ist, um den Euro zu erhalten

Realwirtschaftliche Entwicklungen

wer sich de facto auf die Fahnen geschrieben hat, den Euro um jeden Preis zu retten, entlarvt sich, wenn er die deutsche Haftung auf 190 Milliarden Euro festschreibt

Hollande und Monti proklamieren die Euro-Rettung, Merkel willigt ein

Der ESM wird Staatsanleihen kaufen

Selbst das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied Jens Asmussen⁶ stimmte nicht mit Weidmann, versuchte aber zu vermitteln

Nach dem Brüsseler Euro-Gipfel hatte Merkel behauptet, sie habe nicht nachgegeben

Am 19.07 billigte der Bundestag auch die Hilfen für spanische Banken in Höhe von 100 Mrd. Euro.

Draghi: EZB wird alles tun, um den Euro zu erhalten

Merkel hat sich die Vorstellungen Hollandes zu eigen gemacht, beide Wollen alles tun, um die Eurozone zu schützen“

Stoffsammlung:

..\tagebuch02\Tageschronik1101.doc#Tageschronik

Sie wollen den Euro behalten, sie wollen nicht wahr haben, dass ihre Wirtschaft am starken Euro zerbrochen ist!

Die Gegensätze in der EU wachsen